



# Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

**Sektion Politische Psychologie  
Angewandte Sozialpsychologie**

**Newsletter Februar 2025**

**In dieser Ausgabe:**

## **AKTUELLES**

- 1. Rainer Krieger zum 80. Geburtstag - Kollegiale und freundschaftliche Erinnerungen**
- 2. Deutscher Frauenrat: Einstehen für die menschenrechtliche Brandmauer**
- 3. BMFSFJ: Zwei neue Programme setzen Zeichen gegen Einsamkeit**
- 4. BMFSFJ: Bundestag beschließt Gewalthilfegesetz**
- 5. FidAR: Drei neue Fördermitglieder**
- 6. FidAR: Einsatz für Frauenrechte**

## **VERÖFFENTLICHUNGEN**

- 1. DIW Berlin: Studie - Menschen mit geringem Einkommen haben größtes Risiko, einsam zu sein**
- 2. DIW Berlin: Artikel - Mehr Migration könnte Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft deutlich erhöhen**
- 3. DIW Berlin: Artikel - Zusammenhang von Gesundheit und Lebenserwartung bei Renten- und Pflegeversicherung stärker berücksichtigen**
- 4. DIW Berlin: Artikel – Deutschland braucht eine nachhaltige und effektive Migrations- und Integrationspolitik**

---

## **AKTUELLES**

- 1. Rainer Krieger zum 80. Geburtstag - Kollegiale und freundschaftliche Erinnerungen**

Seit meinem ersten direkten Kontakt mit der Sektion Politische Psychologie anlässlich einer Fachtagung im Jahre 1980 habe ich Rainer Krieger als einen ideenreichen, besonnenen, kooperativen und bescheidenen Kollegen kennengelernt: Als kompetenten Referenten und umsichtigen Arbeitsgruppenleiter in Workshops und Fachtagungen der Sektion und der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, als fachlich versiertes Mitglied im Kuratorium des Forschungsfonds Psychologie der politischen Bildungsarbeit, als Autor von politisch-psychologischen Beiträgen mit einer großen inhaltlichen Bandbreite, angefangen von Politikverdrossenheit und Geschichtsbewusstsein über psychologiedidaktische Fragen des politischen Unterrichts bis hin zu Wirkungen politischer Skandale. Unvergessen bleiben mir seine pfiffigen, eleganten, originellen und immer konstruktiv-kritischen sprachlichen

Formulierungskünste, die ich auf Tagungen, in Sitzungen und immer noch in allen aktuellen Email-Kontakten bewundern und genießen konnte. Langwierige kontroverse Debatten auf Delegiertenkonferenzen über Haushaltsfragen mochte er nicht, aber bei inhaltlichen Diskussionen im Vorstand und auf Mitgliederversammlungen der Sektion Politische Psychologie war er mit hilfreichen Ideen und Formulierungen dabei. Als Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender der Walter-Jacobsen-Gesellschaft für Politische Bildung und Politische Psychologie betreut er seit vielen Jahren umsichtig das finanzielle und vor allem das ideelle Vermächtnis von Walter Jacobsen, dem Gründungsmitglied und ersten Vorsitzenden des BDP sowie dem Begründer der Sektion Politische Psychologie im BDP. Nun feiert Rainer Krieger seinen 80. Geburtstag und macht mir dadurch bewusst, dass wir beide mehr als die Hälfte unseres bisherigen Lebens miteinander fachlich, kollegial und freundschaftlich verbunden sind. Ich wünsche Rainer – auch im Namen der Sektion Politische Psychologie – alles Gute für seine Gesundheit, sein Wohlbefinden und auch sein ehrenamtliches Engagement für politische Psychologie, politische Bildung und für die Erhaltung und Förderung unserer Demokratie.

Siegfried Preiser

## 2. Deutscher Frauenrat: Einstehen für die menschenrechtliche Brandmauer

Der **Deutsche Frauenrat** und **145 weitere Bundes- und Landesorganisationen** fordern die **CDU** auf, sich beim **37. Parteitag am 3. Februar 2025** in Berlin zu ihren **christlichen und demokratischen Werten** zu bekennen. In ihrem gemeinsamen Appell betonen sie, dass **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte** das Fundament der Gesellschaft bilden und für alle gelten müssen.

Die Organisationen **warnen** vor einer **Spaltung der Gesellschaft** durch restriktive Migrationspolitik, wie etwa die Zurückweisung von Schutzsuchenden, Abschaffung des Familiennachzugs oder pauschale Inhaftierungen. Solche Maßnahmen seien nicht nur ineffektiv, sondern auch rechtswidrig und gefährden die Verfassung.

Sie appellieren an die CDU, **keine spaltende Rhetorik** im Wahlkampf zu nutzen und sich von autoritären Tendenzen in Europa abzugrenzen. Stattdessen solle sie für eine **offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft** eintreten, in der **Grundrechte für alle** gelten. Die Parteispitze wird in dem Appell aufgerufen, **mit Worten und Taten für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte** einzustehen.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem **Appell mit Liste unterzeichnender Organisationen**:

[https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2025/02/2025\\_02\\_Gemeinsamer-Appell-zum-CDU-Parteitag.pdf](https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2025/02/2025_02_Gemeinsamer-Appell-zum-CDU-Parteitag.pdf)

## 3. BMFSFJ: Zwei neue Programme setzen Zeichen gegen Einsamkeit

Das **Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** stellt **zwei neue Projekte** im Rahmen der **Strategie gegen Einsamkeit** vor. Mit diesen Projekten soll der Isolation einsamer Menschen begegnet werden und das Gefühl des Miteinanders soll gestärkt werden.

Das erste Projekt, "**Fit und verbunden gegen Einsamkeit**", wurde vom **Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB)** ins Leben gerufen und startete am **1. Januar 2025**. Es richtet sich insbesondere an Menschen mit **Zuwanderungsgeschichte**, die durch gemeinsame Sportangebote Kontakte knüpfen und ihr Gemeinschaftsgefühl stärken können. In Kooperation mit Migrantenorganisationen sollen Bewegungsprogramme entwickelt werden, die gezielt auf die Bedürfnisse dieser Gruppen eingehen. Das **Bundesfamilien- und das Bundesgesundheitsministerium** fördern das Projekt mit insgesamt **922.196 Euro bis Ende 2027**.

Neben der Förderung von Bewegung setzt die Bundesregierung auch auf die **Stärkung sozialer Teilhabe älterer Menschen**. Ab dem **1. Februar 2025** wird das **Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA)** die Wirkung der **Silbernetz-Hotline** untersuchen. Diese Hotline bietet älteren Menschen ab **60 Jahren** anonyme Gespräche, vermittelt Unterstützung und hilft, Einsamkeit zu lindern. Die Untersuchung soll zeigen, ob die Gespräche tatsächlich dazu beitragen, das Gefühl der Isolation zu reduzieren. Das **Bundesfamilienministerium** stellt dafür **126.000 Euro** bereit.

Diese beiden Initiativen sind Teil der **Strategie gegen Einsamkeit**, die die Bundesregierung 2023 beschlossen hat. Bereits zuvor wurde das **Kompetenznetz Einsamkeit (KNE)** gegründet, um Ursachen und Folgen von Einsamkeit zu untersuchen.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/zwei-neue-projekte-setzen-zeichen-gegen-einsamkeit-255340>

#### **4. BMFSFJ: Bundestag beschließt Gewalthilfegesetz**

Der **Bundestag** hat am **31. Januar 2025** das **Gewalthilfegesetz** beschlossen, das einen **bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für Frauen und ihre Kinder bei häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt** schafft. Das Gesetz wurde in Zusammenarbeit mit den Bundesländern, kommunalen Spitzenverbänden und der Zivilgesellschaft erarbeitet und soll ein verlässliches Hilfesystem etablieren. **Ziel** ist es, **gewaltbetroffenen Frauen kostenlose und bedarfsgerechte Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsangebote** zu garantieren. Darüber hinaus umfasst das Gesetz **präventive Maßnahmen**, darunter Täterarbeit und Öffentlichkeitsarbeit, sowie eine stärkere Vernetzung spezialisierter Hilfseinrichtungen mit allgemeinen Hilfsdiensten. Um die Umsetzung sicherzustellen, beteiligt sich der Bund mit insgesamt **2,6 Milliarden Euro bis zum Jahr 2036** an der Finanzierung. Der **zentrale Bestandteil des Gesetzes**, der **Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung**, tritt **am 1. Januar 2032 in Kraft**, um den Ländern ausreichend Zeit zur Anpassung ihrer Hilfesysteme zu geben. Das Gesetz konkretisiert **staatliche Schutzpflichten** aus dem Grundgesetz und erfüllt Verpflichtungen der Istanbul-Konvention. Nun muss noch der Bundesrat dem Gesetz zustimmen, bevor es endgültig in Kraft treten kann.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zum **Infopapier**:

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/255306/d49b947dbb40cd9fd216f4432173af68/infopapier-gewalthilfegesetz-data.pdf>

## 5. FidAR: Drei neue Fördermitglieder

**FidAR** (Frauen in die Aufsichtsräte) freut sich **drei neue Fördermitglieder** begrüßen zu dürfen: **Diligent, E.ON und The Boardroom**. Alle drei Unternehmen setzen sich aktiv für **Diversity, Governance und Gleichstellung in Führungspositionen** ein.

**Diligent** entwickelt Softwarelösungen für Aufsichtsräte und Vorstände und unterstützt sie mit digitalen Tools in den Bereichen Governance, Risiko, Compliance und ESG. Das Unternehmen fördert gezielt den Austausch zwischen Führungskräften und macht insbesondere weibliche Aufsichtsräte sichtbar. Auch intern spielt die strategische Säule „People“ eine zentrale Rolle.

**E.ON**, eines der größten europäischen Energieunternehmen, setzt sich für eine höhere Frauenquote in Führungspositionen ein. Im Aufsichtsrat des Unternehmens liegt der Frauenanteil aktuell bei 37,5 Prozent, im Vorstand sogar bei 40 Prozent. Um diese Zahlen weiter zu steigern, setzt E.ON auf Maßnahmen wie Teilzeitführung, Co-Leadership, Mentoring-Programme und interne Diversity-Netzwerke.

**The Boardroom**, eine Karriereberatung für Frauen und Männer im Top-Management, begleitet Führungskräfte auf ihrem Karriereweg und bietet Unterstützung beim Onboarding sowie durch individuelles Coaching. Mit der Fördermitgliedschaft bei FidAR setzt The Boardroom ein Zeichen für Gleichstellung in Führungspositionen.

Zusätzlich stellt **FidAR** das neue **Zertifikatsprogramm "Sustainability for Boards & Senior Executives"** der **EBS Executive School** der EBS Universität für Wirtschaft und Recht vor. Dank einer Kooperation erhalten FidAR-Mitglieder exklusive Sonderkonditionen.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu den **aktuellen Weiterbildungsangeboten**:

<https://www.fidar.de/ueber-fidar/aufsichtsratsqualifizierungen.html>

## 6. FidAR: Einsatz für Frauenrechte

Die vergangenen Tage standen im Zeichen des **Engagements für Frauenrechte und Gleichstellung**. Besonders die **Situation in den USA** sorgt zunehmend für Besorgnis, was die Dringlichkeit politischen Handelns auch in Deutschland verdeutlicht. Der **Kampf für mehr Gleichberechtigung** erfordert laut FidAR (Frauen in die Aufsichtsräte) Mut und Entschlossenheit.

Der **Deutsche Frauenrat** und **UN Women Deutschland** haben mit einer breiten Unterstützung aus der Gesellschaft einen entscheidenden Schritt gemacht: Mit mehr als **104.000 Unterschriften** übergaben sie ihren Brandbrief „**Stoppt Gewalt gegen Frauen – JETZT!**“ an **Silvia Breher**, stellvertretende Parteivorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der CDU. Ihr Appell: Die Regierung und Opposition müssen nun handeln und das **Gewalthilfegesetz in der kommenden Woche verabschieden**. Für FidAR und die Berliner Erklärung war **Monika Schulz-Strelow** in erster Reihe dabei.

Neben diesem wichtigen Vorstoß wurde die Gleichstellung auch in einem Verbändedialog mit **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** intensiv diskutiert. Gemeinsam mit **Franziska Brantner** und

**Lisa Paus** wurden konkrete Schritte zur Gleichstellungspolitik in Deutschland erörtert. Ein zentraler Punkt war die **Parität in Führungspositionen**, für die eine **Ausweitung bestehender Gesetze** geplant ist. Wie sich die **Gleichstellungspolitik in den Programmen anderer Parteien** darstellt, wird in der kommenden Woche in einer Wahlsynopse veröffentlicht.

Nach dem Webinar „**Gender Balance in Sparkassen**“ erreichte die Initiatoren eine **offene Führungsposition für den Vorstandsvorsitz der Sparkasse Schwäbisch Hall – Crailsheim** in Baden-Württemberg.

Unter dem folgenden **Link** finden Sie **weitere Informationen**:

<https://www.fidar.de/presse-aktuelles/aktuelles/ansicht/artikel/vorstandsvorsitz-bei-der-sparkasse-schwaebisch-hall-crailsheim-gesucht.html>

---

## VERÖFFENTLICHUNGEN

### 1. DIW Berlin: Studie - Menschen mit geringem Einkommen haben größtes Risiko, einsam zu sein

Die Studie des DIW Berlin untersucht das Thema **Einsamkeit in Deutschland** anhand aktueller Daten des **Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)** von 2021. Einsamkeit wird als **ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko** betrachtet, das sowohl die Lebensqualität als auch die Lebenserwartung beeinträchtigen kann. Die Analyse fokussiert sich auf **verschiedene Formen von Einsamkeit** – das Gefühl des Alleinseins, soziale Isolation und das Empfinden, ausgeschlossen zu sein. Dabei werden regionale Unterschiede und besonders gefährdete Personengruppen untersucht.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich **19 Prozent** der Menschen in Deutschland **mindestens manchmal einsam fühlen**. **Vor der Corona-Pandemie** lag dieser Wert bei nur **14 Prozent**. Besonders auffällig ist, dass sich die **regionale Verteilung** von Einsamkeit **verändert** hat: Während frühere Studien ein Ost-West-Gefälle aufzeigten, sind heute insbesondere Menschen in **West- und Süddeutschland stärker von Einsamkeit betroffen**. Besonders **gefährdet** sind **Personen mit niedrigem Einkommen**, insbesondere dann, wenn sie **männlich** sind und einen **Migrationshintergrund** haben. Während Männer in dieser Gruppe sich oft sozial isoliert fühlen, berichten Frauen insgesamt häufiger über das Gefühl des Alleinseins. Ein **niedrigeres Einkommen** stellt sich als der **bedeutendste Risikofaktor** heraus, da er in nahezu allen gefährdeten Gruppen eine zentrale Rolle spielt.

Einsamkeit hat erhebliche **gesundheitliche Konsequenzen**. Studien zeigen, dass sie das **Risiko für psychische Erkrankungen** wie Depressionen und Angststörungen erhöht, aber auch **physische Krankheiten** wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes begünstigen kann. Aufgrund dieser Risiken hat die **Bundesregierung 2023** eine **nationale Strategie zur Bekämpfung von Einsamkeit** verabschiedet. Diese soll nicht nur das Bewusstsein für das Problem stärken, sondern auch Maßnahmen entwickeln, um Einsamkeit gezielt entgegenzuwirken.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass **Einsamkeit ein weit verbreitetes gesellschaftliches Problem** ist, das gezielte **Maßnahmen erfordert**. Es ist wichtig, Einsamkeit als **zentrales Gesundheitsrisiko** ähnlich wie Stress wahrzunehmen und entsprechend zu behandeln. Vor

allem **gefährdete Gruppen** sollten durch gezielte **Aufklärungskampagnen** und **soziale Angebote** unterstützt werden. Nur durch eine **Kombination aus gesellschaftlicher Sensibilisierung und individuellen Hilfsangeboten** kann Einsamkeit langfristig reduziert werden.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu der **gesamten Studie**:

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.934978.de/25-5-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.934978.de/25-5-1.pdf)

## **2. DIW Berlin: Artikel - Mehr Migration könnte Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft deutlich erhöhen**

Die **deutsche Wirtschaft** steht vor einer **großen Herausforderung**: Der **demografische Wandel** und der **Renteneintritt der Babyboomer-Generation** führen zu einem **wachsenden Arbeits- und Fachkräftemangel**. Ohne Gegenmaßnahmen wird dies das Produktionspotenzial erheblich einschränken. Besonders problematisch ist, dass das **Erwerbspersonenpotenzial** zwischen 2025 und 2029 jährlich um etwa 300.000 Personen **sinken** wird. Schon jetzt zeigt sich, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung seit 2023 ausschließlich durch ausländische Arbeitskräfte wächst, während die Zahl der deutschen Beschäftigten zurückgeht.

Ohne **Migration** würde die **Wachstumsrate des wirtschaftlichen Potenzials** von derzeit 0,4 Prozent schnell auf null sinken. Um die Potenzialwachstumsrate wieder auf das langfristige Durchschnittsniveau von 1,1 Prozent zu bringen, müssten bis 2029 rund 1,5 Millionen **zusätzliche Erwerbspersonen nach Deutschland kommen**. Dies würde eine **Nettozuwanderung** von rund zwei Millionen Menschen erfordern, um den Rückgang der inländischen Erwerbspersonen auszugleichen.

Zwar gibt es **Möglichkeiten**, das **inländische Arbeitsvolumen** zu steigern, etwa durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern. Allerdings ist das Potenzial hier auch begrenzt. Daher wird die **Gewinnung ausländischer Fachkräfte** eine entscheidende Rolle spielen.

Obwohl Deutschland bereits **Maßnahmen zur Förderung der Erwerbsmigration** ergriffen hat, bestehen weiterhin **erhebliche bürokratische Hürden**. Die Visaerteilung dauert oft zu lange, die Anerkennung von Abschlüssen ist kompliziert, und viele Migranten haben Schwierigkeiten, Arbeit und Wohnung zu finden. Umfragen zeigen zudem, dass viele Fachkräfte, die an einer Einwanderung interessiert sind, kaum Informationen über die neuen Regelungen haben. Ein weiteres Problem ist, dass viele **Migranten Deutschland wieder verlassen** – zwischen 2015 und 2023 im Durchschnitt 838.000 Menschen pro Jahr.

Neben der **Verbesserung der Zuwanderungsprozesse** muss auch die **Integration in den Arbeitsmarkt gestärkt** werden. Geflüchtete haben oft mit rechtlichen und institutionellen Barrieren zu kämpfen, darunter lange Asylverfahren und Beschäftigungsverbote. Während Erwerbsmigranten bereits nach kurzer Zeit eine hohe Arbeitsmarktbeteiligung erreichen, dauert es bei Geflüchteten oft länger. Sprachkurse spielen hierbei eine wichtige Rolle, um die Integration zu erleichtern.

Ein weiteres Problem ist das **Missverhältnis zwischen den Qualifikationen der Migranten und den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes**. Während der Bedarf an gering

qualifizierten Helfertätigkeiten sinkt, üben aktuell 37 % der ausländischen Beschäftigten genau diese Tätigkeiten aus – im Vergleich zu nur 17 % in der Gesamtbevölkerung. Daher sind gezielte Weiterbildungsmaßnahmen notwendig, um die Arbeitsmarktintegration zu verbessern.

Zusammenfassend zeigt sich, dass **Migration eine Schlüsselrolle für das wirtschaftliche Wachstum Deutschlands** spielt.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.934259.de/diw\\_aktuell\\_101.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.934259.de/diw_aktuell_101.pdf)

### **3. DIW Berlin: Artikel - Zusammenhang von Gesundheit und Lebenserwartung bei Renten- und Pflegeversicherung stärker berücksichtigen**

Der **demografische Wandel** stellt das Renten- und Pflegesystem vor **große Herausforderungen**. Dabei zeigt sich, dass Lebenserwartung und Pflegerisiko stark vom Einkommen abhängen: Menschen mit höherem Einkommen leben länger und bleiben länger gesund, während Menschen mit niedrigem Einkommen früher sterben und eher pflegebedürftig werden. Diese Unterschiede sollten bei zukünftigen Reformen stärker berücksichtigt werden.

Die **durchschnittliche Lebenserwartung** in Deutschland liegt derzeit bei **83,0 Jahren für Frauen** und **78,2 Jahren für Männer**. Allerdings gibt es **deutliche Unterschiede je nach Bildungsstand und Einkommen**. Menschen mit geringer Bildung und niedrigen Einkommen haben eine höhere Sterbewahrscheinlichkeit und werden früher pflegebedürftig. Männer mit geringen finanziellen Mitteln verlieren im Durchschnitt **sechs gesunde Lebensjahre**, Frauen etwa **drei Jahre**, verglichen mit wohlhabenderen Personen.

Diese **Ungleichheiten** wirken sich auch auf die **Rentenversicherung** aus. Da Menschen mit höherem Einkommen länger leben, profitieren sie über einen längeren Zeitraum von ihren Rentenzahlungen. Das Prinzip der Beitragsäquivalenz, das Rentenhöhe und Beitragszahlungen direkt verknüpft, führt so zu einer Umverteilung zu Lasten von Geringverdienern. Eine Anpassung, etwa durch eine **progressive Rentenformel oder die gezielte Aufwertung niedriger Renten**, könnte soziale Ungleichheiten ausgleichen.

Auch in der **Pflegeversicherung** zeigt sich eine **finanzielle Schieflage**: Da Menschen mit niedrigerem Einkommen ein höheres Pflegerisiko haben, sind sie stärker auf Pflegeleistungen angewiesen, während privat Versicherte seltener pflegebedürftig werden. Eine **Bürgerversicherung**, die gesetzliche und private Pflegeversicherung zusammenführt, könnte hier für mehr Gerechtigkeit sorgen, da die finanziellen Beiträge dann breiter verteilt werden könnten.

Um eine **gerechtere Verteilung der Lasten im Renten- und Pflegesystem** zu erreichen, sind **Reformen nötig**. Vor allem die stärkere Absicherung von Menschen mit niedrigem Einkommen würde dazu beitragen, soziale Ungleichheiten zu verringern und Altersarmut zu verhindern.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:

#### 4. DIW Berlin: Artikel – Deutschland braucht eine nachhaltige und effektive Migrations- und Integrationspolitik

**Marcel Fratzscher** und **Sabine Zinn** befassen sich in ihrem Artikel mit den **Herausforderungen und Chancen der Migrations- und Integrationspolitik** in Deutschland. Migration wird als zentraler Faktor für die **wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität** des Landes betrachtet, insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und den Arbeitskräftemangel.

Deutschland steht vor dem **Problem** einer **schnell alternden Bevölkerung** und einem **signifikanten Mangel an Arbeitskräften**. Besonders in Bereichen wie Gesundheit, Ingenieurwesen und Landwirtschaft, in denen Migrant\*innen oft die Lücken füllen, wird Zuwanderung als notwendig für den Erhalt von Wirtschaftskraft und gesellschaftlicher Struktur angesehen. **Migration** sollte **nicht als Bedrohung**, sondern **als Chance** gesehen werden.

Die **Bundesregierung** hat in der Migrationspolitik in der letzten Zeit einen eher **widersprüchlichen Kurs** verfolgt. Während zusätzliche Mittel für Integration bereitgestellt wurden, sind nun Kürzungen in der Migrationsberatung und psychologischen Versorgung geplant. Gleichzeitig wurde mit Unterstützung der AfD ein **restriktiver „Fünf-Punkte-Plan“** verabschiedet, um illegale Migration weiter einzuschränken, obwohl die Zahl der illegalen Einreisen bereits zurück geht.

Besonders problematisch ist die **Forderung** nach einer „**Remigration**“ durch die **AfD**, die eine zwangsweise Ausreise vieler Menschen vorsieht. Auch **CDU-Kandidat Friedrich Merz** schlägt härtere Maßnahmen vor, darunter die Rücknahme der Reform zur erleichterten Einbürgerung. Dabei zeigt die Realität, dass Deutschland dringend **auf Migration angewiesen** ist, da die Zahl der Beschäftigten ohne ausländische Arbeitskräfte seit Jahren sinken würde.

Deutschland altert, und die Geburtenrate reicht nicht aus, um den **Bevölkerungsrückgang** zu verhindern. Zugleich gibt es **Millionen unbesetzte Stellen**. Ohne verstärkte Zuwanderung droht eine **wirtschaftliche Schwächung**. Schätzungen zufolge braucht Deutschland jährlich rund 400.000 neue Arbeitskräfte aus dem Ausland, um den Bedarf zu decken.

Um Migration besser zu steuern, sind **gezielte Reformen nötig**: Bürokratische Hindernisse müssen abgebaut, Anerkennungsverfahren beschleunigt und der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Deutschland ist im internationalen Vergleich wenig attraktiv für Fachkräfte. Eine nachhaltige Strategie muss daher nicht nur die **wirtschaftlichen**, sondern auch die **gesellschaftlichen Aspekte der Integration stärken**.

Deutschland sollte **Migration als Chance** sehen. Studien zeigen, dass soziale Integration durch Sprachkurse, berufliche Förderung und interkulturellen Austausch erheblich verbessert werden kann. Eine positive Willkommenskultur hilft, gut ausgebildete Fachkräfte langfristig im Land zu halten. Wenn die Bundesregierung Migration aktiv gestaltet, kann Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich profitieren.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:



[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.935929.de/diw\\_aktuell\\_105.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.935929.de/diw_aktuell_105.pdf)

